

Rat für Migration fordert Punktesystem für Einwanderer nach Deutschland

von Jan Rübel

Berlin - Einen Tag vor der letzten Beratung des Zuwanderungsgesetzes im Bundesrat hat der Rat für Migration die Einführung eines Punktesystems für Einwanderer gefordert. "Einiges wird in absehbarer Zeit wieder ins Gespräch kommen, was dem aktuellen Bemühen um Konsens zu opfern war", sagte der Osnabrücker Migrationsforscher Klaus Bade. Der stellvertretende Vorsitzende des Rates für Migration lobte in seiner Bilanz, mit dem Zuwanderungsgesetz habe Deutschland in der globalen Konkurrenz um die "besten Köpfe" eine insgesamt "sehr gute, wenn auch im Vergleich zur internationalen Spitzengruppe nur zweitbeste Startposition" gewählt. Dieser Wettbewerb sei jedoch angesichts der sich in wenigen Jahren drastisch beschleunigenden Folgen der Alterung in der Gesellschaft von großer Bedeutung.

Das von der Union gekippte Punktesystem sah ursprünglich vor, dass Ausländer auch ohne feste Zusage für einen Job nach Deutschland kommen können, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen, für die Punkte vergeben werden. Der Rat für Migration ist ein Zusammenschluss von 30 Wissenschaftlern, die sich auf Migrationsforschung spezialisiert haben. Am Donnerstag stellte der Rat seinen aktuellen Migrationsreport vor, der zweijährlich erscheint.

Bade kritisierte ein "negatives Klima" gegenüber Einwanderern. Bislang hätten es die Politiker versäumt, polemische Aussagen gegen Ausländer wieder zurückzunehmen. Bade rügte insbesondere die vor allem von CDU und CSU häufig wiederholte Behauptung von einer millionenfachen Zuwanderung in die Sozialsysteme. "Das ist Geschichtsklitterung", sagte Bade. Deutschland habe über Jahrzehnte hinweg einen Unterschichtenimport zugelassen und den Menschen keine Integrationsangebote gemacht. "Wenn Integration in Deutschland bislang trotzdem ohne größere Spannungen funktioniert hat, dann sollte man sich dafür bei den Zuwanderern bedanken, die sich in diesem widerwilligen Einwanderungsland im Rahmen ihrer Möglichkeiten integriert haben", sagte der Migrationsforscher.

Wolfgang Bosbach, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wies Bades Anschuldigungen indes zurück. "Es ist bedenklich, dass einem latente Ausländerfeindlichkeit unterstellt wird, wenn man auf Fakten verweist", sagte er der WELT. Zwar sei es richtig, dass die Politik jahrelang versäumt habe, ein umfassendes Integrationskonzept zu erstellen. Der Anteil der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger sei jedoch nun einmal drei Mal so hoch wie bei der deutschen Bevölkerung. "Wenn für viele ausländische Jugendliche selbst der dritten Generation der Start ins Berufsleben ein Fehlstart wird, besteht

die Gefahr einer Wanderung in die Sozialsysteme", sagte Bosbach.

Die Integrationsbeauftragte Marieluise Beck (Grüne) forderte während der Vorstellung des Migrationsreports die Länder auf, die Verwaltungsvorschriften zum Zuwanderungsgesetz "im Geiste des Gesetzes" zu formulieren. Jenes eröffne viele Ermessensspielräume und damit Risiken und Chancen zugleich.

Der Report enthält Analysen von Wissenschaftlern zur Situation von Einwanderern und zur Integration. Der niederländische Historiker Leo Lucassen etwa bestreitet die These, dass der Eingliederungsprozess nicht-westlicher Einwanderer in europäische Länder seit einigen Jahrzehnten einen grundsätzlich anderen Verlauf nehme, als dies bei früheren Einwanderungen der Fall gewesen ist. Die von Lucassen ausgemachten "integrativen Stolpersteine" seien an sich nichts historisch Neues.